

Inhaltsverzeichnis

3 Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

4 Kehrtwende bei der Schuldenbremse: investitionsfördernd und generationengerecht?

Prof. Dr. Silke Übelmesser
Inhaberin des Lehrstuhls für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Mitglied des Beirates des Stabilitätsrates

5 Zur Nachhaltigkeit und Solidität deutscher und europäischer Staatsfinanzen

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

6 Podiumsdiskussion

**Nach der Reform ist vor der Reform:
Ist die deutsche Schuldenbremse unmodern?**

Katharina Beck MdB
*Sprecherin für Finanzpolitik der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen*

Dr. Yannick Bury MdB
*Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages,
CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Reiner Holznagel
Präsident des Bundes der Steuerzahler

Luise Roither
*Vorstandsvorsitzende und -sprecherin der Stiftung
für die Rechte zukünftiger Generationen*

Moderation der Veranstaltung

Angela Wefers
Börsen-Zeitung

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann





Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

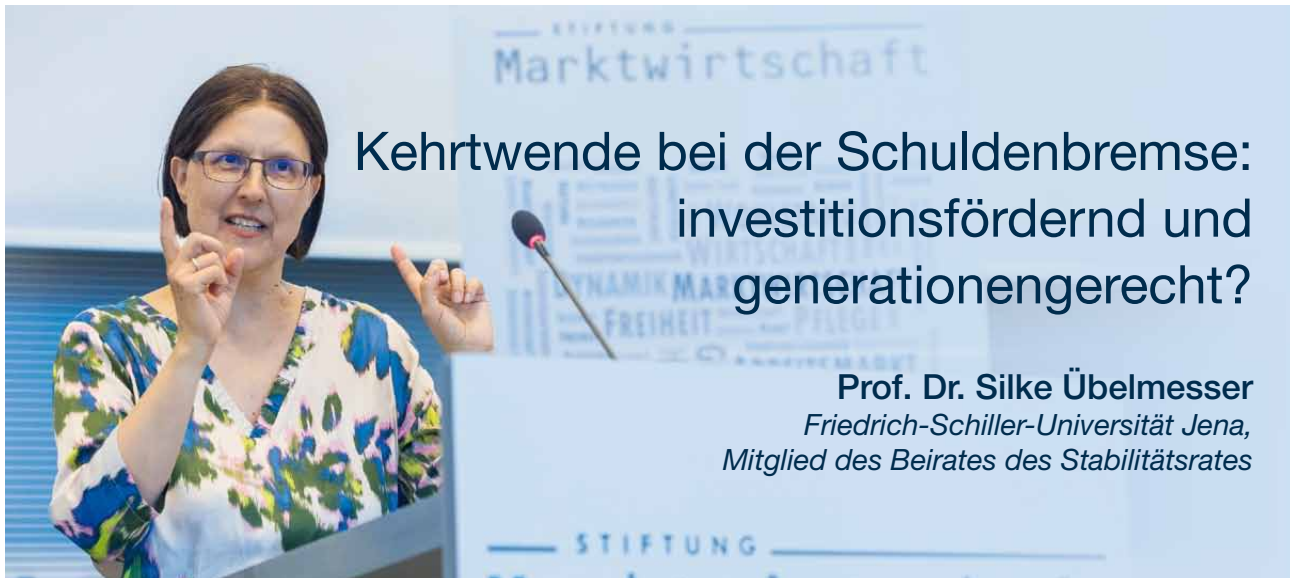
Es gebe zwei Herangehensweisen an öffentliches Haushalten, die beide regierungsamtlich vertreten würden, so Prof. Dr. Michael Eilfort einleitend zum Tagungsthema: „Eine Seite redet gern über die notwendige Mobilisierung von privatem Kapital und entsprechende Anreize, weist gelegentlich darauf hin, dass man grundsätzlich nur ausgeben könne, was man vorher erwirtschaftet habe und vielleicht auch einmal Ausgaben überprüfen sollte. Die andere Seite findet Staatsausgaben per se sinnvoll, stellt ‚unabweisbare Bedarfe‘ fest und verweist darauf, dass diese stets finanziert werden müssten und Einnahmeerhöhungen zwingend seien.“

Vor zehn Jahren habe das Bundesministerium der Finanzen (BMF) eher zu der ersten Herangehensweise tendiert, so der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Eine durch das BMF herausgegebene Stofftasche mit der Aufschrift „Keine Schulden, alle Chancen“ verdeutliche den damaligen Zeitgeist. Angesichts der massiven Neuverschuldung bei gleichzeitig noch weitergehender Infragestellung der Schuldenbremse dränge sich heute hingegen eher die Vermutung auf, dass das BMF bald Einkaufsbeutel verschicken werde mit dem Titel „Viele Schulden, viele Chancen“.

Die Schulden kämen nun in jedem Fall. Umso wichtiger sei daher die Frage, wie verdaulich sie seien und wie viele Chancen daraus entstehen würden. „Gesättigte Organismen neigen eher zur Trägheit“, gibt Eilfort zu bedenken und warnt: „Wer 500 Mrd. Euro über bestehende Strukturen ausschüttet und erwartet, dass die Strukturen dadurch beweglicher und dynamischer werden, fällt einer naiven Hoffnung anheim. Die ersten trickreichen Mittelverlagerungen im Bundeshaushalt und die alles andere als ‚zusätzlichen‘ Ausgaben in den Ländern lassen eher Schlimmes befürchten.“ Zudem liege die tatsächliche Verschuldung des deutschen Staats bereits heute weitaus höher als offiziell ausgewiesen, wie die erst kürzlich vorgestellte „Ge-

nerationenzahlungsbilanz“ der Stiftung Marktwirtschaft verdeutlicht habe. So dürfte allein die explizite Staatsschuldenquote in den kommenden Jahren von über 60 Prozent in Richtung 90 Prozent des BIP steigen und damit auch die Zinskosten, die dann mehr als ein Sechstel des Bundeshaushalts ausmachen würden. Die Verbindlichkeiten infolge von Zusagen der öffentlichen Hand, für die keine Rückstellungen gebildet wurden (z.B. Beamtenpensionen), lägen schon nahe bei 400 Prozent des BIP. Nie sei der transparent ausgewiesene Teil der Staatsschulden mit 13,8 Prozent im Verhältnis dazu so gering ausgefallen wie 2025.

„Bis 2029 will der Bund weitere 851 Mrd. Euro an Schulden aufnehmen und damit seinen Schuldenstand, den er in 75 Jahren aufgebaut hat, in nur wenigen Jahren um nominal 50 Prozent erhöhen“, rechnet Eilfort vor. Es sei daher nicht verwunderlich, dass zu allem Überfluss nun auch noch Steuererhöhungsdiskussionen geführt würden. Die Schulden von heute seien schließlich die Steuern von morgen. Im Titel der Tagung werde die Frage „Wieviel Geld ist genug?“ aufgeworfen. Angesichts der geschilderten Zahlen könne es offensichtlich nie genug Geld geben. „Je mehr der Staat hat, desto mehr hat er zu wenig“, fasst Eilfort zusammen. Er habe früher für einen Ministerpräsidenten eines großen Landes gearbeitet, der die Fähigkeit zur Selbstreflexion seines Handelns besessen und ihm erklärt habe, dass Politiker gern Spiegelstrich-Reden im Sinne von „Wir haben gefördert/unterstützt/geschaffen“ hielten, die höhere staatliche Ausgaben als Erfolg an sich darstellten. „Kürzungsreden will keiner halten. Wir Politiker brauchen Geld als Schmiermittel für Zufriedenheit und wir wollen Befreiheit für unsere Arbeit haben“, zitiert Eilfort den Ministerpräsidenten. Aus diesem Grund störe jede Regel oder Schuldenbremse, sobald sie zu greifen drohe. Und deshalb seien Diskussionen um vermeintliche Modernisierungen solcher Regeln schnell unehrlich, weil es oft eigentlich nur darum ginge, sie weg und freie Hand zu bekommen.



Kehrtwende bei der Schuldenbremse: investitionsfördernd und generationengerecht?

Prof. Dr. Silke Übelmesser
*Friedrich-Schiller-Universität Jena,
Mitglied des Beirates des Stabilitätsrates*

„Wir befinden uns in einer Situation voller fiskalischer Herausforderungen“, leitet Prof. Dr. Silke Übelmesser ihren Vortrag ein. Der demografische Wandel sei zunehmend auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und in der fehlenden wirtschaftlichen Dynamik zu spüren. Der Klimawandel und die erforderliche ökologische Transformation sowie Versäumnisse bei Bildung, Infrastruktur und Verteidigung kämen als weitere Herausforderungen hinzu. Dazu würden die Zinsbelastungen weiter steigen und die Rückzahlung von Notlagenkrediten und EU-Schulden bald beginnen. Das sei die neue fiskalische Normalität, konstatiert die Finanzwissenschaftlerin der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die seit 2018 Mitglied im unabhängigen Beirat des Stabilitätsrates ist.

Deutschland habe auf die Herausforderungen zu Beginn des Jahres mit einem großen Schuldenpaket reagiert. Dadurch werde die Schuldenquote in nur vier Jahren auf über 70 Prozent des BIP steigen, wenn Wachstumsimpulse ausbleiben. Daher sei es zunächst angebracht, die Potenziale und Grenzen fiskalischer Konsolidierung zu betrachten. Da in Deutschland im internationalen Vergleich bereits viele Akteure eine hohe Steuerlast zu schultern hätten, seien Steuererhöhungen nur begrenzt sinnvoll. Zielführender sei hingegen ein Subventionsabbau, der allerdings bislang von der Politik nicht umgesetzt werde. Auf der Ausgabenseite sei die Staatsquote dauerhaft gestiegen und der Sozialetat dominiere den Bundeshaushalt. Da in diesem Bereich viele Ausgaben kaum kürzbar seien, habe dies zu einer zunehmenden Versteinerung des Haushalts geführt. Eine Begrenzung des Ausgabenwachstums und eine Re-Priorisierung der Ausgaben seien daher umso wichtiger. Dies sei erfahrungsgemäß jedoch schwierig umzusetzen.

Die Politik bevorzuge aus polit-ökonomischen Überlegungen vor allem kurzfristig wirksame Maßnahmen („present bias“), konsumtive Ausgaben („anti-investment-bias“) und neige zu Haushaltsdefiziten („deficit bias“). Der hohe

Altersdurchschnitt der Wahlberechtigten in Deutschland unterstütze tendenziell die Verschuldungsneigung und Gegenwartsverzerrung der Politik. Daher gebe es für die Etablierung von Fiskalregeln gute ökonomische Gründe. Fiskalregeln würden dazu beitragen, Ausgaben zulasten künftiger Generationen zu verhindern, die Suche nach dem sparsamsten Instrument zu fördern und die Politik zur Ausgabenpriorisierung sowie Austragung von Verteilungskonflikten zu zwingen.

„Die deutsche Schuldenbremse ist neutral hinsichtlich der Ausgabenstruktur und verhindert keine notwendigen Investitionen“, zeigt sich Übelmesser überzeugt. Es sei Aufgabe der Politik, Staatsausgaben zugunsten von Investitionen zu priorisieren. Oftmals fehle dafür aber der politische Wille oder es liege an anderen Faktoren wie Bürokratie oder lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, die nichts mit fehlenden Finanzmitteln zu tun hätten. Die Schuldenbremse würde zudem die Generationengerechtigkeit fördern, da heutige Schulden zu Steuern von morgen würden, wie Prof. Eilfort bereits erwähnt habe. Es gebe eine große Verantwortung der politischen Akteure, die vorhandenen Finanzmittel zukunfts- und wachstumsorientiert zu investieren. Außerdem seien klug gesetzte Anreize für private Investitionen entscheidend, da sie den Großteil der Investitionen in Deutschland ausmachten.

Allerdings würden zukünftige Generationen und damit eine längerfristige Perspektive in der Schuldenbremse nur zum Teil berücksichtigt, da die implizite Verschuldung des Staates nicht in die Betrachtung einbezogen werde. Daher würde sie für eine erweiterte Schuldenregel mit Bezug zu impliziter Verschuldung werben. Eine langfristige Perspektive der Haushaltsplanung sowie volle Transparenz hinsichtlich der finanziellen Kosten von Gesetzesvorhaben seien wichtig, um zukünftige Generationen in einer „modernisierten“ Schuldenbremse stärker zu berücksichtigen, schlussfolgert Übelmesser.

Zur Nachhaltigkeit und Solidität deutscher und europäischer Staatsfinanzen

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*



5

„In der Schule habe ich gelernt, dass man sich nicht an den schlechtesten, sondern an den besten Mitschülern orientieren sollte“, mahnt Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld mit Blick auf die Entwicklung der Staatsverschuldung. Es werde häufig betont, Deutschland habe noch große fiskalische Spielräume, da etwa im Vergleich zu den G7-Staaten die deutsche Schuldenquote relativ gering ausfalle. Es sei jedoch ein Trugschluss, sich an der Situation hochverschuldeter Staaten ein Beispiel nehmen zu wollen. Beispielsweise habe Frankreichs fehlender Wille zur Konsolidierung in jüngerer Zeit zu mehreren Regierungskrisen geführt, mit der Folge, dass das Zinsniveau Frankreichs inzwischen über das Zinsniveau Griechenlands gestiegen sei. Auch die anhaltend hohen Defizit- und Schuldenquoten in den USA und im Vereinigten Königreich würden immer häufiger zu Turbulenzen an den Anleihemärkten führen. „Wenn sich die Verschuldungsneigung einiger Staaten nicht ändert, kommt die nächste Krise von den Anleihemärkten“, prognostiziert Feld. Deutschland sei zwar noch weit davon entfernt, das Vertrauen der Finanzmärkte zu verlieren. Bei weiterhin ausbleibendem Wirtschaftswachstum würde die geplante Rekordneuverschuldung aber dazu führen, dass Deutschland bald zu den hochverschuldeten Staaten aufschließen werde.

Dabei gebe es in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft bessere Beispiele, von denen Deutschland lernen könne. Die Niederlande, Dänemark und die Schweiz zeigten, dass man mit weitaus niedrigeren Schulden- und Staatsquoten ein langfristig höheres Wirtschaftswachstum und öffentliche Investitionen erreichen könne. Dies liege vor allem an besseren Angebotsbedingungen und einer höheren Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten, wie verschiedene Indizes nahelegten. Dahingegen sei Deutschland in den vergangenen Jahren in diesen Rankings sukzessive abgestiegen. Kritiker der Schuldenbremse würden jedoch eine zu rigide Sparpolitik und zu strenge Fiskalregeln für diese Situation verantwortlich machen. „Die Schuldenbremse war

aber bis zu ihrer Aufweichung im März 2025 ein Erfolg und hat öffentliche Investitionen nicht verhindert“, betont Feld. Deutschland sei mit der Schuldenbremse fiskalisch erfolgreich gewesen, da sie entschieden dazu beigetragen habe, den seit den 1970er Jahren anhaltenden Trend steigender Staatsschuldenquoten deutlich umzukehren. Dies habe Deutschlands Rolle als Stabilitätsanker und sicheren Anleihehafen in der Währungsunion gefestigt und Refinanzierungskosten gesenkt. Seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2011 für den Bund und ab 2020 für die Länder seien die Bruttoanlageinvestitionen des Staates sogar leicht gestiegen. Ein deutlicher Rückgang der öffentlichen Investitionen sei bereits ab den 1960er Jahren bis Mitte der 2000er Jahre erfolgt, also weit vor Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2011. Im Gegenzug habe die Politik die Sozialausgaben immer weiter erhöht.

In der anschließenden Diskussion warnt Feld davor, staatliche Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen, in der Absicht, „gute“ von „schlechten“ Schulden unterscheiden zu können. Der haushaltsrechtliche Investitionsbegriff entspreche nicht der Vorstellung, dass höhere öffentliche Investitionen unmittelbar das Schienen- und Autobahnnetz oder kommunale Gebäude verbesserten. Beispielsweise stehe in der Bundeshaushaltsordnung, dass finanzielle Transaktionen, etwa Darlehen an die Soziale Pflegeversicherung oder Gesetzliche Krankenversicherung, als Investition zu zählen seien. Auch das Baukindergeld habe als Investition gegolten. „Die Problematik, die wir angesichts der maroden Infrastruktur sehen, ist doch keine Problematik zusätzlicher Investitionen, sondern der Unterlassung von Erhaltungsinvestitionen. Und der Großteil der Erhaltungsinvestitionen zählt überhaupt nicht als Investition, sondern als Konsum des Staates“, erläutert Feld. Die Schuldenbremse für vermeintlich „gute“ Schulden zu öffnen, schaffe nur Gestaltungsspielräume und Verschiebeparkplätze, wie das neue Schuldenpaket eindrücklich zeige.



Katharina Beck MdB Sprecherin für Finanzpolitik der Bundestags- fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wir wollen die Schuldenbremse nicht abschaffen, da eine gewisse Disziplinierungsmaßnahme durchaus sinnvoll ist“, schildert Katharina Beck MdB die Position ihrer Partei zum Thema der Podiumsdiskussion. Die Vergangenheit habe jedoch gezeigt, dass die Schuldenbremse wichtige Investitionen verhindere. Der Staat habe bei der Erneuerung von Schienen, Straßen, Bildungseinrichtungen sowie der Digitalisierung und Energiegewinnung an der falschen Stelle gespart, was vor allem zukünftige Generationen belasten werde. Daher sei eine Modernisierung der Schuldenbremse erforderlich, um auch nach dem Auslaufen des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) zusätzliche Investitionen gewährleisten zu können, so Beck.



Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe sich zudem die Sicherheitslage Europas fundamental verändert, was substantiell höhere Investitionen in die Gesamtverteidigung und Sicherheit des Landes notwendig mache. Zwar habe sich ihre Fraktion nicht mit der Forderung durchsetzen können, Verteidigungsausgaben erst ab einer Schwelle von 1,5 Prozent des BIP von der Schuldenbremse auszunehmen. Jedoch habe man drei Milliarden Euro für Verteidigung der Ukraine und grundsätzlich eine Erweiterung des Begriffs der Verteidigungsausgaben aushandeln können, um die Finanzierung weiterer sicherheitspolitischer Maßnahmen wie Cyber-Verteidigung zu sichern. Darüber hinaus sei es den Grünen zu verdanken, dass eine Zusätzlichkeit für Investitionen in das SVIK hineinverhandelt wurde. Verschiebebahnhöfe, die im Kernhaushalt zu mehr konsumtiven Ausgaben führen oder ohnehin geplante Investitionen durch das SVIK abzudecken, seien der Koalition offensichtlich immer noch möglich, wie die Wahlgewinne der Bundesregierung bei Rente oder Agrardiesel zeigten.

„Es ist so, dass der Staat mit Investitionen auch ein Anlagevermögen schafft“, erläutert Beck. Sie sei eine große Freundin der staatlichen Doppik, also der doppelten Buchführung in der öffentlichen Verwaltung. Hamburg habe als erstes Bundesland vom kameralistischen System auf die Doppik umgestellt. Durch die Gegenüberstellung aller staatlichen Vermögensgegenstände und Schulden finde eine umfassende Beurteilung der öffentlichen Finanzlage statt. Die bilanzielle Offenlegung der Vermögenswerte ermögliche es der Politik, diese besser im Blick zu behalten. Das Bundesfinanzministerium würde zwar eine Vermögensrechnung des Bundes ausweisen, allerdings würden immer noch etliche Vermögenswerte wie das für Infrastrukturwerte relevante Anlagevermögen nicht erfasst. „Ich hoffe sehr, dass die Kommission zur Schuldenbremse ihre Chance nutzt, die Regeln grundlegend zu reformieren und auch solche Aspekte wie die Doppik diskutiert“, betont Beck.



Dr. Yannick Bury MdB

Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Wir sollten uns in Erinnerung rufen, wie der Arbeitsauftrag für die Kommission zur Reform der Schuldenbremse lautet“, mahnt Dr. Yannick Bury MdB eingangs der Podiumsdiskussion. Dieser sei nicht, die Schuldenbremse zu lockern, sondern zu eruieren, wie fiskalische Nachhaltigkeit und Investitionen langfristig gesichert werden könnten. Die öffentliche Diskussion greife zu kurz, wenn suggeriert werde, dass mehr Investitionen nur durch eine erneute Ausweitung der Verschuldungsspielräume erreicht werden könne. Die Politik sei gefordert, den Investitionsanteil im Bundeshaushalt über die Zeit kontinuierlich zu steigern. Die Aufrechterhaltung der Infrastruktur sei genauso wie die öffentliche Sicherheit Kernaufgabe des Staates und müsse perspektivisch wieder aus den laufenden Einnahmen finanziert werden.

Drei Bereiche sollten dafür in den Blick genommen werden: Erstens gebe es derzeit kein vorausschauendes Instrument in der Haushaltspolitik, das künftige Haushaltslücken stärker berücksichtige. Es sei daher eine vorausschauende Defizitregel erforderlich, die Ausgabenwachstum bremse, wenn die Finanzplanung auf eine Haushaltslücke zusteueere. Zweitens müsse der Übergang nach einer Notlage besser gestaltet werden. Das derzeit präferierte Instrument der Sondervermögen sei hierfür nicht geeignet. International zeigten jedoch die US-Bundesstaaten, dass regelbasierte Rücklagen, sogenannte Rainy-Day-Funds, nach Auslaufen einer Notlage höhere Staatsausgaben temporär finanzieren könnten. Drittens sei es für eine verlässliche Fiskalpolitik wichtig, dass alle Staatsausgaben von der Schuldenbremse erfasst werden. Deshalb plädiert Bury für die Berücksichtigung von finanziellen Transaktionen bei der Bestimmung der zulässigen Neuverschuldung.

„Wir müssen aufhören, den Menschen im Land Angst vor Reformen zu machen“, fordert Bury. Wenn immer der große soziale Kahlschlag ausgerufen werde, sei es nicht verwunderlich, dass für strukturelle Reformen keine Mehrheiten gewonnen würden. Verlässliche soziale Sicherungssysteme könnten jedoch nur über eine fiskalisch nachhaltige Finanzierung aufrechterhalten werden. Es sei letztlich eine soziale Frage, wenn Schulden, Sozialabgaben und Steuern aufgrund einer nicht nachhaltigen Fiskalpolitik immer weiter steigen würden. „Die Politik muss sich ehrlich machen, duckt sich aber leider zu oft vor der Tatsache weg, dass wir in den vergangenen Jahren volkswirtschaftlich ärmer geworden sind und über unsere Verhältnisse leben“, konstatiert Bury mit Blick auf eine Frage aus dem Publikum. Um einerseits die fiskalische Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen und andererseits die soziale Sicherheit zu gewährleisten, brauche es eine verlässliche, transparente und strenge Schuldenbremse.

7



Reiner Holznagel

Präsident des Bundes der Steuerzahler

„Es wäre ein wichtiges Signal, wenn in den Fraktionsräumen des Deutschen Bundestages künftig eine Schuldenuhr, wie wir sie in der Reinhardtstraße in Berlin aufgestellt haben, hängen würde“, schlägt Reiner Holznagel eingangs seines Impulses vor. Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler mache transparent, in welchem Umfang die Politik am Schuldenabbau festhalte. Der deutsche Staat sei bereits mit mehr als 2,5 Billionen Euro verschuldet, sekundlich kämen weitere 5.000 Euro hinzu. Die Schuldenbremse habe faktisch nicht lange gehalten. Sie sei erst zum 1.1.2020 vollständig scharf gestellt und aufgrund der Corona-Pandemie nach nur drei Monaten in den Ausnahmezustand versetzt worden. Seitdem habe allein der Bund über 450 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen. Durch die Aufweichung der

Schuldenbremse im März 2025 kämen weitere rekordverdächtige Schulden hinzu. Die Schuldenbremse müsse daher dringend nachgeschärft werden. „Wir sind es gewohnt, dass der Staat scheinbar unbegrenzt Geld zur Verfügung hat und es helikoptermäßig über Deutschland verteilt. Davon müssen wir uns unbedingt lösen“, fordert der Präsident des Bundes der Steuerzahler.

Es gebe keine Einteilung in gute und schlechte Schulden, sondern es komme immer auf die Dosis an. Deutschland habe diesbezüglich bereits eine Überdosis und müsse dringend seine Verschuldung reduzieren. Stattdessen werde immer wieder über mehr Schulden diskutiert, damit die Politik eine Prioritätensetzung und strukturelle Reformdiskussion vermeiden könne. Deutschland müsse jedoch weg von der Verschuldungsdiskussion hin zu einer Debatte über bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Hierzulande gebe es die höchste Steuerbelastung, aber auch die meisten Subventionen. Einem Unternehmen wie Intel 10 Mrd. Euro zu offerieren, damit es sich in Magdeburg ansiedele, spreche nicht für ein attraktives Investitionsumfeld. Dies zeige auch die überbordende Bürokratie: Größere Infrastrukturinvestitionen würden von der Planung bis zur Fertigstellung im Durchschnitt 25 Jahre benötigen.

Die Länder und Kommunen hätten darüber hinaus die erforderliche Zusätzlichkeit für ihre Investitionsmittel aus dem SVIK erfolgreich wieder herausverhandelt. Dies sei ärgerlich, aber politisch verständlich, da die Kommunen im Jahr 2024 mit insgesamt 25 Mrd. Euro das größte Defizit der bundesdeutschen Geschichte verbucht hätten. Dieses Defizit sei vor allem dadurch zustande gekommen, dass der Bund den Ländern und Kommunen immer weitere soziale Aufgaben auferlegt habe. Der Berliner Haushalt zeige eindrücklich, dass die Sozialausgaben inzwischen den mit Abstand größten Haushaltsposten darstellen. „Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem“, unterstreicht Holznagel.

Luise Roither

Vorstandsvorsitzende und -sprecherin der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

„Die Politik muss zunächst beweisen, dass sie mit den historisch hohen Sonderschulden verantwortungsvoll umgeht, bevor über eine Reform der Schuldenbremse nachgedacht wird“, fordert Luise Roither. Nur wenn die Wirtschaft nachhaltig wachse und ein sozialer Zusammenhalt entstehe, könne man den Kräften von Spaltung und Vereinfachung substanziell entgegentreten. Es sei eine Frage des Vertrauens, ob die Politik langfristig den Balanceakt zwischen zukunftssträchtigen Investitionen und niedrigen Schulden schaffe.

Aus dem Publikum darauf angesprochen, in welche Bereiche zusätzliche Investitionen fließen sollten, nennt Roither die Digitalisierung des Gesundheitsbereichs. Dies würde nicht nur mehr Effizienz und innovative Lösungen



hervorrufen, sondern auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

„In der Politik fehlt es jedoch an einer übergeordneten Vision“, kritisiert Roither. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen setze sich seit längerem für zwei Vorschläge ein. Zum einen sei eine von der Bundesregierung beauftragte Person für Generationengerechtigkeit einzusetzen, die mit einem Vetorecht ausgestattet Gesetzesvorhaben auf ihre generationengerechte Wirkung überprüfe. „Ich wünsche mir, dass wir das wenigstens für eine Legislaturperiode ausprobieren“, so Roither. Zum anderen gebe es parteiübergreifend und vor allem bei jungen Abgeordneten eine Präferenz dafür, die Generationengerechtigkeit im Grundgesetz zu verankern. Dabei werde der Staat aufgefordert, in seinem Handeln die Interessen und Rechte künftiger Generationen zu schützen und das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten. Dies würde zusätzliche Möglichkeiten schaffen, bei Bedarf Einspruch gegen eine nicht nachhaltige Politik einzulegen.

Die junge Generation müsse bald 50 Prozent Sozialabgaben entrichten, da die fiskalischen Lasten der demografischen Entwicklung ab den 2030er Jahren in die Höhe schnellten, wenn die Babyboomer in Rente gingen und statistisch gesehen vermehrt Pflege in Anspruch nähmen. Sie habe die Sorge, dass dadurch die Pflegekosten explodierten und die personelle Versorgung alter und kranker Menschen nicht mehr gewährleistet werden könne. Die Politik müsse unbedingt den Mut aufbringen, die Sozialsysteme grundlegend zu reformieren, fordert Roither, die hauptberuflich als Gesundheitsökonomin am Berlin Institute of Health der Charité tätig ist. Es gebe bis ins letzte Detail durchkalkulierte Reformvorschläge. Der Transfer von der Wissenschaft in die Politik finde jedoch viel zu selten statt. Es sei zu befürchten, dass die Politik nicht über den Horizont der nächsten Legislaturperiode hinausdenke und erneut mit Sonderschulden an den Symptomen der Probleme notdürftig operiere.